Deutscher Bundestag **Drucksache 17/9605**

17. Wahlperiode 09. 05. 2012

Kleine Anfrage

der Abgeordneten Angelika Graf (Rosenheim), Petra Crone, Bärbel Bas, Sabine Bätzing-Lichtenthäler, Petra Ernstberger, Elke Ferner, Dr. Edgar Franke, Iris Gleicke, Ute Kumpf, Dr. Karl Lauterbach, Steffen-Claudio Lemme, Hilde Mattheis, Thomas Oppermann, Mechthild Rawert, Dr. Carola Reimann, Ewald Schurer, Dr. Marlies Volkmer, Dr. Frank-Walter Steinmeier und der Fraktion der SPD

Sucht im Alter – Aufklärung fördern und Nationale Strategie mit Leben füllen

Die steigende Lebenserwartung der Deutschen geht erfreulicherweise auch mit mehr gesunden Jahren einher. Immer mehr Deutsche werden ein hohes Alter erreichen. Bereits in 20 Jahren werden rund 30 Prozent der Deutschen über 65 Jahre alt sein. Doch steigt mit der erhöhten Lebenserwartung auch die Prävalenz von „mitalternden" Krankheiten, die bereits in früheren Lebensjahren bestanden haben sowie von Erkrankungen, die bislang eher mit früheren Lebensphasen in Verbindung gebracht werden. So werden suchtbedingte Krankheitsbilder immer häufiger auch bei älteren und hochaltrigen Menschen festgestellt. Schätzungsweise bis zu zwei Millionen Menschen über 60 Jahren weisen einen problematischen Gebrauch sogenannter psychoaktiver Medikamente auf, wobei hier vor allem Frauen betroffen sind. Bei älteren Männern ist unter anderem der Alkoholgebrauch besonders problematisch, 27 Prozent von ihnen weisen einen suchtgefährdenden Alkoholkonsum auf. Auch im höheren Erwachsenenalter ist die Abhängigkeit und der Missbrauch von Substanzen kein Problem von Randgruppen.

Von der Bundesregierung wurde angekündigt, dass die Sucht im Alter ein Schwerpunkt ihrer Drogen- und Suchtpolitik sein werde. Das ist zu begrüßen. Allerdings sind die in der von der Bundesregierung im Februar 2012 veröffentlichten Nationalen Strategie zur Drogen- und Suchtpolitik genannten Maßnahmen zur Sucht im Alter von geringer Zahl und wenig konkret. Zudem wird Sucht im Alter vorwiegend als Teil der Medikamentensucht verstanden. Dieses Verständnis der Problematik greift zu kurz. Sucht kennt keine Altersgrenzen und sollte deshalb einen wichtigen Platz in der Nationalen Strategie zur Drogen- und Suchtpolitik einnehmen sowie als Querschnittsaufgabe moderner Drogen- und Suchtpolitik begriffen werden.

Vor dem Hintergrund der älter werdenden Gesellschaft besteht Bedarf an einem Ausbau des Hilfs-, Informations- und Beratungsangebots für suchterkrankte ältere Menschen sowie an dem Aufbau von Strukturen, welche effektiv der Sucht im Alter entgegenwirken.

Die Kleine Anfrage dient dazu, über neue Erkenntnisse in diesem Bereich zu informieren und die konkreten Schritte der Bundesregierung zur Verbesserung der Situation süchtiger älterer Menschen in Erfahrung zu bringen.

Wir fragen die Bundesregierung:

1. Welche finanziellen Mittel stellt die Bundesregierung für die Prävention von Sucht im Alter in diesem Jahr zur Verfügung, und welche Mittel sind in den kommenden Jahren geplant?
2. Welche Kooperationen plant das Bundesministerium für Gesundheit (BMG) mit anderen Bundesministerien sowie den Ländern für welche kommenden Projekte zur Prävention von Sucht im Alter in welchem Zeitrahmen?
3. Mit welchen Maßnahmen in welchem Zeitrahmen will die Bundesregierung ihre Informationen über die Ausprägung von Sucht im Alter ausbauen?
4. Welche Kenntnisse hat die Bundesregierung über die Ausprägung der Sucht im Alter?
   a) Welche Suchtstoffe sind bei älteren Drogenabhängigen in den jeweiligen Altersgruppen relevant?
   b) Wie haben sich nach Erkenntnissen der Bundesregierung die Zahl und der Anteil der Medikamentenabhängigen an den über 60-Jährigen in Deutschland in den letzten zehn Jahren entwickelt (untergliedert nach Geschlecht)?
   c) Wie haben sich nach Erkenntnissen der Bundesregierung die Zahl und der Anteil der Alkoholsüchtigen an den über 60-Jährigen in Deutschland in den letzten zehn Jahren entwickelt (untergliedert nach Geschlecht)?
   d) Wie haben sich nach Erkenntnissen der Bundesregierung die Zahl und der Anteil der Raucher an den über 60-Jährigen in Deutschland in den letzten zehn Jahren entwickelt (untergliedert nach Geschlecht)?
   e) Wie haben sich nach Erkenntnissen der Bundesregierung die Zahl und der Anteil der pathologischen sowie problematischen Glücksspieler und Glücksspielerinnen an den über 60-Jährigen in Deutschland in den letzten zehn Jahren entwickelt (untergliedert nach Geschlecht)?
   f) Wie haben sich nach Erkenntnissen der Bundesregierung die Zahl und der Anteil der Cannabiskonsumenten an den über 50-Jährigen in Deutschland in den letzten zehn Jahren entwickelt (untergliedert nach Geschlecht und Alter)?
   g) Wie haben sich nach Erkenntnissen der Bundesregierung die Zahl und der Anteil der Opiatabhängigen an den über 50-Jährigen in Deutschland in den letzten zehn Jahren entwickelt (untergliedert nach Geschlecht und Alter)?
   h) Welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung über eine eventuell höhere Gefährdung älterer Menschen durch Suchterkrankungen, wenn sie sich in prekären sozioökonomischen Situationen befinden?
5. Welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung über das geschlechtsspezifische Suchtverhalten von Frauen und Männern über 60 Jahre?
   a) Welche Gründe sieht die Bundesregierung für die im Drogenbericht der Bundesregierung (2009) festgestellte überdurchschnittlich starke Betroffenheit von Frauen von Medikamentenabhängigkeit?
   b) Welche Gründe sieht die Bundesregierung für die im Drogenbericht der Bundesregierung (2009) überdurchschnittlich starke Betroffenheit von Männern von Alkoholsucht?
   c) Welche Maßnahmen plant die Bundesregierung in welchem Zeitrahmen für geschlechtsspezifische Suchtprävention?

d) Welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung über suchtindizierte Suizide bei älteren Frauen und Männern?

e) Welche suchtpräventiven Maßnahmen sieht die Bundesregierung für alleinstehende und verwitwete ältere Menschen vor, die immer häufiger ein problematisches Konsumverhalten aufweisen?

6. Welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung über fehlerhaft dosierte Einnahmen von Medikamenten mit Suchtpotential bei Patienten über 60 Jahren?

a) Mit welchen Maßnahmen in welchem Zeitrahmen will die Bundesregierung gefährlichen Fehldosierungen durch Ärztinnen und Ärzte entgegenwirken?

b) Mit welchen Maßnahmen in welchem Zeitrahmen will die Bundesregierung Medikamentenmissbrauch durch ältere Menschen entgegenwirken?

c) Mit welchen konkreten Maßnahmen in welchem Zeitrahmen möchte die Bundesregierung eine effektive Zusammenarbeit zwischen Apothekern und Hausärzten durchsetzen, um Medikamentenabhängigkeit bei älteren Menschen stärker vermeiden zu helfen?

d) Was versteht die Bundesregierung unter der verstärkten Verbreitung des überarbeiteten Leitfadens der Bundesvereinigung Deutscher Apothekerverbände – ABDA für die apothekerliche Praxis „Medikamente: Abhängigkeit und Missbrauch" (Nationale Strategie zur Drogen- und Suchtpolitik), und wie will sie dies unterstützen?

e) Welche Maßnahmen in welchem Zeitrahmen plant die Bundesregierung, um Apotheken, Ärzte und Kliniken bei der Sensibilisierung für das Thema Medikamentenabhängigkeit im Alter zu unterstützen?

f) Inwiefern leistet das vom BMG geförderte Projekt PHAR-MON einen Beitrag zur indikations- und dauergerechten Verordnung von Medikamenten durch die Ärzte, und welche Schlussfolgerungen zieht die Bundesregierung aus der bisherigen Erkenntnis, dass überwiegend Klientinnen und Klienten mit einer Opioid- und Alkoholproblematik Medikamente missbrauchen?

g) Welche Förderung welcher Projekte mit welchem Zeitplan sind im Rahmen des Projektes PHAR-MON vorgesehen?

h) Welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung bezüglich des Erwerbs von Medikamenten mit Suchtpotential über das Internet auch ohne Vorlage eines Rezeptes durch ältere Patienten?

i) Wie bewertet die Bundesregierung die elektronische Gesundheitskarte hinsichtlich der Möglichkeit, die individuelle Medikation auf ihr zu vermerken, um so einen Kontrollmechanismus über Medikamentenkombinationen mit Abhängigkeitspotential einzurichten, der einer Medikamentensucht entgegenwirken könnte?

7. Wie hoch sind nach Kenntnis der Bundesregierung Zahl und Anteil der über 60-jährigen Konsumenten im Bereich der illegalen Drogen (nach Geschlecht und Substanz)?

a) In welchem Maße und mit welcher regionalen Verteilung in den Bundesländern sind nach Kenntnis der Bundesregierung ältere Opiatabhängige in Substitutionsbehandlungen?

b) Welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung bezüglich der gesundheitlichen Situation älterer Drogenabhängiger?

c) Welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung über Erfolge, Ausprägung und Ausmaß der Strategien der Schadensminimierung und der Überlebenshilfe in Bezug auf ältere Drogenabhängige?

d) Welche Maßnahmen in welchem Zeitrahmen plant die Bundesregierung im Bereich der Schadensminimierung und Überlebenshilfe im Bereich der älteren Drogenabhängigen?

8. Welche Chancen sieht die Bundesregierung hinsichtlich der Wohn- und Arbeitsmöglichkeiten und der Chance auf Eingliederung älterer Drogenabhängiger mit sozialen und gesundheitlichen Problemen in Gesellschaft und Arbeitsmarkt?

a) Welche Kenntnisse hat die Bundesregierung über die soziale und wirtschaftliche Situation von älteren Drogenabhängigen?

b) Welche Maßnahmen in welchem Zeitrahmen plant die Bundesregierung, um die Integration von älteren Drogenabhängigen in die Gesellschaft und den Arbeitsmarkt zu unterstützen?

c) In welchem Maße sind Verordnungen von Soziotherapien bei Suchterkrankungen möglich?

d) Unterstützt die Bundesregierung die u. a. vom Diakonischen Werk der Evangelischen Kirche in Deutschland e. V. geforderte Ausweitung des Indikationskatalogs für Soziotherapien bei Suchterkrankungen im Alter?

e) Welche Maßnahmen in welchem Zeitrahmen plant die Bundesregierung, um Arbeitsagenturen, Sozialämter und andere Behörden für die Problematik von Sucht im Alter zu sensibilisieren und in die Lage zu versetzen, Hilfe anzubieten oder an geeignete Hilfsangebote verweisen zu können?

f) Inwiefern sieht die Bundesregierung die Notwendigkeit, das Problemfeld „Sucht im Alter“ in der Aus- und Fortbildung von Hausärztinnen und Hausärzten sowie von Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten stärker als bisher zu berücksichtigen?

g) Welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung über die Entwicklung der Bewilligungsquoten von Rehabilitationsmaßnahmen aufgrund von Suchterkrankungen älterer Menschen ab 55 Jahren im Verlauf der letzten zehn Jahre (nach Geschlecht und Alter)?

h) Sieht die Bundesregierung die Notwendigkeit der Durchführung eines Modellprojektes zur Förderung der mobilen Rehabilitation mit einer Erweiterung der Gruppe für ältere Menschen mit Suchterkrankungen, wie es das Diakonische Werk fordert?

i) Welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung darüber, inwiefern mit Hilfe von Rehabilitationsmaßnahmen Leistungen nach dem Elften Buch Sozialgesetzbuch (SGB XI) und der Einzug in Alten- und Pflegeheime verhindert werden können?

j) Sieht die Bundesregierung die Notwendigkeit einer Aufstockung der in § 43a SGB XI genannten Beiträge für pflege- und betreuungsbedürftige Suchterkrankte zur Sicherung der Teilhabe in der Gesellschaft?

9. Wie schätzt die Bundesregierung die bestehenden Informations- und Beratungsangebote für ältere Drogenabhängige ein?

a) Welche Kenntnisse hat die Bundesregierung über die bestehenden Informations- und Beratungsangebote für ältere Drogenabhängige in den Bundesländern?

b) Welche Informations- und Beratungsangebote für ältere Drogenabhängige unterstützt die Bundesregierung mit welchem finanziellen Volumen?

c) Mit welchen Maßnahmen in welchem Zeitrahmen plant die Bundesregierung einen Ausbau der Informations- und Beratungsangebote für ältere Drogenabhängige?

d) Welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung bezüglich der bundesweiten Nutzung von Hilfsangeboten und Suchtberatungsstellen durch Menschen über 60 Jahre – auch in Relation zu dem Anteil der Suchterkrankten im Alter über 60 Jahren in der Gesamtbevölkerung?

e) Sieht sie hier weiteren Handlungsbedarf, um die aktive Inanspruchnahme der Angebote und die Informiertheit über die jeweilige lokale Infrastruktur zu fördern?

f) Inwiefern plant die Bundesregierung eine Stärkung der Informations- und Beratungsangebote für ältere Drogenabhängige und deren Angehörige im Rahmen der Pflegestützpunkte, der Lokalen Bündnisse für Familie und der Mehrgenerationenhäuser?

10. Mit welchen Maßnahmen in welchem Zeitrahmen plant die Bundesregierung eine Stärkung der Suchtselbsthilfe?

a) Mit welchen Maßnahmen in welchem Zeitrahmen plant die Bundesregierung eine Stärkung der Selbsthilfe speziell für ältere alleinstehende und verwitwete Menschen?

b) Wird das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) die 2009 gestoppte Förderung der Nationalen Kontakt- und Informationsstelle zur Anregung und Unterstützung von Selbsthilfegruppen (NAKOS) wieder im Rahmen der Projektförderung unterstützen?

c) Inwiefern plant die Bundesregierung eine stärkere Unterstützung der NAKOS?

d) Inwiefern plant die Bundesregierung – analog zum Modellprojekt „Brücken bauen – Junge Suchtkranke und Selbsthilfe“ – auch die Unterstützung von Selbsthilfeprojekten und Verbänden der Suchtselbsthilfe im Bereich von Sucht im Alter?

e) Mit welchen finanziellen Mitteln unterstützt die Bundesregierung die Verbände der Suchtselbsthilfe in diesem Jahr, und welche Unterstützung ist in den kommenden Jahren geplant?

11. Welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung in den bisherigen Modellprojekten zur Sucht im Alter gewonnen, und welche neuen Maßnahmen sind aufgrund dieser Erkenntnisse in welchem Zeitrahmen geplant?

a) Wie soll die gemeinsame Arbeit von Alten- und Suchthilfe künftig im Detail aussehen?

b) In welcher Hinsicht wurde der Aspekt der Zusammenarbeit bei den Modellprojekten konkret aufgenommen?

c) Wie sieht der Zeitplan für das Modellprojekt „Ambulanter Entzug Benzodiazepin-abhängiger Patienten in Zusammenarbeit von Apotheker und Hausarzt“ hinsichtlich der Förderung und Evaluierung aus, und welche Erkenntnisse konnten hier bereits gewonnen werden?

d) Welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung über die Einnahme von Benzodiazepinen und anderen Psychopharmaka durch Menschen in Altenpflegeeinrichtungen?

e) Wenn die Bundesregierung bereits feststellt, dass ein Bedarf an niedrigschwelligen und dezentralen Angeboten beim Entzug von benzodiazepinabhängigen Patienten notwendig ist, welche Maßnahmen ergreift die Bundesregierung konkret in welchem Zeitrahmen nach dem Auslaufen des Modellprojekts im November dieses Jahres?

f) Wie sieht der Zeitplan für die Modellprojekte zur Sensibilisierung und Qualifizierung von Fachkräften in der Sucht- und Altenhilfe hinsichtlich der Förderung und Evaluierung aus, und welche Erkenntnisse konnten hier bereits gewonnen werden?

g) Wann laufen die acht Projektmodelle zur „Sensibilisierung und Qualifizierung von Fachkräften in der Sucht- und Altenhilfe" jeweils konkret aus, und sieht die Bundesregierung die Notwendigkeit einer Anschlussfinanzierung bei ausgewählten Projekten?

h) Welche Pläne verfolgt die Bundesregierung nach dem Auslaufen der Modellprojekte zur „Sensibilisierung und Qualifizierung von Fachkräften in der Sucht- und Altenhilfe"?

i) Wie erfolgreich ist nach Ansicht der Bundesregierung die Kooperation zwischen Altenhilfe und Suchthilfe, und mit welchen Maßnahmen in welchem Zeitrahmen (über die bestehende Modellprojekte hinaus) will die Bundesregierung eine Verbesserung der Kooperation unterstützen?

j) Welche Maßnahmen in welchem Zeitrahmen plant die Bundesregierung als Konsequenz aus dem 2009 vom BMG geförderten Projekt „Ältere Drogenabhängige in Deutschland"?

k) Sind wissenschaftliche Evaluationen der einzelnen Modellprojekte zur Sucht im Alter von der Bundesregierung vorgesehen?

Wenn ja, wann wird jeweils mit Ergebnissen gerechnet?

Wenn nein, warum nicht?

l) Welche neuen Modellprojekte zum Thema Alter und Sucht sowie weitere im Rahmen der Nationalen Strategie zur Drogen- und Suchtpolitik mit welchem finanziellen Volumen plant die Bundesregierung in welchem Zeitrahmen?

12. Inwiefern sind die suchtpolitischen Maßnahmen des BMG zu Sucht im Alter mit den Aktivitäten des BMFSFJ und einer seniorenpolitischen Strategie abgestimmt?

13. Inwiefern wird das Thema Sucht im Alter in der von der Bundesregierung seit zwei Jahren angekündigten Präventionsstrategie berücksichtigt, und wann ist mit dieser nun tatsächlich zu rechnen?

14. Welche Rolle spielt das Thema Sucht im Alter in der seniorenpolitischen Strategie des BMFSFJ?

15. Welche konkreten Maßnahmen mit welchem Zeitrahmen plant die Bundesregierung, um die wissenschaftliche Forschung im Bereich Alter und Sucht zu fördern?

Berlin, den 9. Mai 2012

Dr. Frank-Walter Steinmeier und Fraktion



Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin, www.heenemann-druck.de
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 10 05 34, 50445 Köln, Telefon (02 21) 97 66 83 40, Fax (02 21) 97 66 83 44, www.betrifft-gesetze.de
ISSN 0722-8333